**Revision der Richtlinie über Postdienste (PSD) - Rettet unsere Post in Europa**

Kommunikation ist ein grundlegendes Recht für alle Menschen in Europa. Die Postdienste gewährleisten eine erschwingliche und zugängliche Kommunikation und sichern den sozialen, territorialen und wirtschaftlichen Zusammenhalt, während sie gleichzeitig den grenzüberschreitenden Transport von Paketen und Waren sicherstellen und den elektronischen Handel für alle ermöglichen. All dies ist in der Universaldienstverpflichtung (USO) verankert. Die Universaldienstverpflichtung ist das Kernstück der Richtlinie über Postdienste (PSD) (97/67/EG, geändert durch die Richtlinien 2002/39/EG und 2008/6/EG). Dabei handelt es sich um die Vorschrift, dass Briefe und Pakete an 5 Tagen pro Woche in jedem EU-Land (mit Ausnahmen) an jeden Wohn- oder Geschäftssitz zugestellt werden müssen [[1]](#footnote-1).

Eines der Ziele der Richtlinie über Postdienste (PSD) war die Öffnung des Postmarktes für den Wettbewerb und die Abschaffung der reservierten Bereiche. Seit 2008 wurden die Postdienste innerhalb der EU vollständig liberalisiert. Die Postgewerkschaften stellen fest, dass die Liberalisierung der Post zu höheren Preisen, geringerer Qualität, massivem Arbeitsplatzabbau und einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen geführt hat. Die Richtlinie über Postdienste (PSD) richtete sich hauptsächlich an die Briefpost. Das Volumen der Briefsendungen ist seither zurückgegangen, was auf mehrere Faktoren zurückzuführen ist, wie z. B. die veränderten Bedürfnisse der Nutzer und das Aufkommen des elektronischen Geschäftsverkehrs, der die Art und Weise, wie wir Postdienste nutzen, verändert hat. In diesem Zusammenhang erwägt die Europäische Kommission, die veralteten Rechtsvorschriften zu überarbeiten, da sich die Postmärkte und die wirtschaftlichen Trends verändert haben.

Die Postgewerkschaften, die mit den negativen Folgen der Postliberalisierung konfrontiert waren, sind wichtige Interessenvertreter und werden mit der Europäischen Kommission zusammenarbeiten, um die zukünftige Richtlinie über Postdienste (PSD) zu verbessern. Um den zukünftigen Bedürfnissen der Menschen in der EU gerecht zu werden und die Richtlinie über Postdienste (PSD) an die aktuellen politischen Ziele der EU anzupassen, engagieren sich die Postgewerkschaften in der Kampagne "Rettet unsere Post".

**1. In die Zukunft der Post investieren:**

Die Menschen in Europa sehen sich mit einer schrumpfenden Infrastruktur, einem eingeschränkten Zugang zu Bank- und Finanzdienstleistungen, maroden Bildungseinrichtungen und anderen wichtigen Dienstleistungen konfrontiert und benötigen mit zunehmendem Alter regelmäßige Pflege und Unterstützung. Solche wesentlichen Dienstleistungen könnten von der Posten erbracht werden. Dazu fordern die Postgewerkschaften den Gesetzgeber auf, Anreize zur Stärkung der Postnetze und zur Entwicklung innovativer Produkte zu schaffen. Wir fordern die Beibehaltung und Verbesserung des Umfangs und der Qualität der Universalpostnetze. Wir fordern den Gesetzgeber auf, die Diversifizierung und Modernisierung der Postnetze auf demokratische Weise zu ermöglichen. In vielen Teilen Europas, vor allem in ländlichen Gebieten, sind die Postdienste das einzige Mittel zur Kommunikation und sozialen Integration. Wir fordern die Gesetzgeber auf, die entscheidende Rolle der Posten bei der Förderung des sozialen und territorialen Zusammenhalts zu wahren. Ein Netz von mehr als 1,8 Millionen Mitarbeitern, die jede Adresse besuchen, und mit mehr als 138.000 Poststellen könnte eine breite Palette von wichtigen Dienstleistungen wie Finanz- oder Sozialdienstleistungen anbieten. Wir müssen in die bestehende Infrastruktur und die Menschen investieren, anstatt die Postnetze abzubauen.

**2. Auf der bestehenden Universaldienstverpflichtung aufbauen, um das Wachstum im Paketbereich widerzuspiegeln.**

Die Marktdynamik in Europa hat sich verändert. Die Menschen haben Smartphones, nutzen digitale Dienste und kaufen online ein. KMU sind heute auf den elektronischen Handel und die Möglichkeit angewiesen, ihre Produkte in jeden Winkel der Welt zu versenden. Ohne die Bedeutung von Briefen in Frage zu stellen, sind Pakete angesichts des anhaltenden Wachstums des elektronischen Geschäftsverkehrs von entscheidender Bedeutung für die Volkswirtschaften und ein Mittel zur Förderung des Wachstums von KMU in den Regionen. Um das Wachstum der Volkswirtschaften zu ermöglichen und den wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalt zu stärken, fordern die Postgewerkschaften den Gesetzgeber auf, ein uneingeschränktes Recht der Bürgerinnen und Bürger auf eine regelmäßige und erschwingliche Paketzustellung zu einheitlichen Preisen in einem nationalen Gebiet sowie auf den Versand und den Empfang von Paketen einzuführen. Dazu fordern wir eine starke Regulierung des E-Commerce-Marktes, die gute Arbeitsbedingungen, angemessene Löhne und eine hohe Servicequalität garantiert. Um der Bedeutung und der entscheidenden Rolle, die Pakete in unseren modernen Volkswirtschaften spielen, Rechnung zu tragen, fordern die Postgewerkschaften eine Aktualisierung der Definitionen der Universaldienstverpflichtung und ihres Geltungsbereichs[[2]](#footnote-2). Zu diesem Zweck und um der kontinuierlichen Zunahme prekärer Beschäftigungsformen im E-Commerce-Markt, vor allem durch den Einsatz von Subunternehmern in der Paketbranche, entgegenzuwirken, fordern die Postgewerkschaften den Gesetzgeber auf, ein Verbot des Einsatzes von Fremdpersonal und von Subunternehmerketten für den Transport (einschließlich der Verladung von Paketen) und die Zustellung von Paketen zu erlassen.

**3. Sozial- und Umweltstandards in die Mindeststandards einbeziehen**

Alle Unternehmen, die Dienstleistungen im Rahmen der USO erbringen, unterstehen den nationalen Regulierungsbehörden (NRB). Die Postgewerkschaften fordern von den NRB die Einhaltung und Sicherung von Sozial- und Umweltstandards. Die NRB sollten Korrekturmechanismen für den Fall der Nichteinhaltung etablierter Normen und nationaler Rechtsvorschriften durchsetzen, um Fälle von unlauterem Wettbewerb und Sozialdumping zu verhindern, indem sie für faire Praktiken in Bezug auf Beschäftigungsbedingungen, Umweltverträglichkeit und Dienstleistungsqualität sorgen. Um dies zu erreichen, muss die Überarbeitung der Richtlinie über Postdienste (PSD) gleichzeitig zu einer strengen Regulierung des E-Commerce-Sektors und aller an der Wertschöpfungskette beteiligten Akteure führen, insbesondere zu den zusätzlichen Berichterstattungsanforderungen des EU Green Deal und der Richtlinie über die Sorgfaltspflicht für nachhaltige Unternehmen.

**4. Gewährleistung einer nachhaltigen Finanzierung der USO**

Die neue Richtlinie über Postdienste (PSD) muss die nachhaltige Finanzierung der USO gewährleisten. Wir fordern die Gesetzgeber auf, das derzeitige System der Postausgleichsfonds zu überprüfen. Alle an der Wertschöpfungskette der Post beteiligten Marktteilnehmer müssen zur Finanzierung der Universaldienstverpflichtung beitragen und gleichzeitig eine hohe Dienstleistungsqualität zu einheitlichen und erschwinglichen Preisen gewährleisten. Es darf den Unternehmen nicht erlaubt sein, nur die profitablen Bereiche herauszupicken. Sie sollten nicht zugelassen werden, wenn sie durch unlauteren Wettbewerb Sozialdumping auf einem nationalen Markt betreiben.

**5. Einhaltung der USO-Mindestanforderungen**

Die derzeitigen Definitionen der Universaldienstverpflichtung in Bezug auf Qualität, Erschwinglichkeit, Zugänglichkeit, Lieferzeit und Häufigkeit müssen entsprechend den nationalen Gegebenheiten beibehalten und/oder aufrechterhalten werden. Die Richtlinie über Postdienste (PSD) in ihrer derzeitigen Fassung geht nicht auf die beobachteten Marktverzerrungen bei der Paketzustellung im elektronischen Geschäftsverkehr ein. Die Geschäftsmodelle der nicht regulierten E-Commerce-Akteure nutzen Werbung für kostenlose Lieferungen, die zu Marktverzerrungen führen und Druck auf Preise und Löhne ausüben. Die Bürger sollten in der Lage sein, auf einem freien Markt eine sachkundige Wahl zwischen den Betreibern zu treffen. Die Überarbeitung der Richtlinie über Postdienste (PSD) muss mit einer strengen Regulierung des E-Commerce-Marktes und mit Maßnahmen zur Förderung des sozialen Zusammenhalts einhergehen, die menschenwürdige Löhne und Arbeitsbedingungen für alle an der Postversorgungskette beteiligten Marktteilnehmer sowie Umweltstandards garantieren.

**Wir brauchen Sie - Helfen Sie uns, unsere Post zu retten, indem Sie unsere Initiative unterstützen! Bitte nehmen Sie eine kurze Unterstützungsbotschaft auf und senden Sie sie an:** Kontaktstelle der Gewerkschaft

Für weitere Informationen und Hintergrunddokumente:

<https://www.uni-europa.org/news/save-our-post-european-postal-workers-campaign/>

1. <https://single-market-economy.ec.europa.eu/sectors/postal-services/legislation-implementation-and-enforcement_en> [↑](#footnote-ref-1)
2. <https://ec.europa.eu/docsroom/documents/44044> [↑](#footnote-ref-2)